

Kommunalwahl Rhein-Lahn-Kreis 2019

HIER IST ZUKUNFT ZUHAUSE

Programm für einen
lebenswerten Rhein-Lahn-Kreis



Präambel

Bei der Kommunalwahl am 26. Mai geht es um Antworten auf wichtige Zukunftsfragen – auch und gerade bei uns vor Ort im Rhein-Lahn-Kreis und seinen Städten und Gemeinden, wo die Menschen zu Hause sind.

Dabei kommt es auf jede einzelne Wahlentscheidung und auf jede Stimme an. Wenn es darum geht, dass wir für den Schutz des Klimas und gegen die drohende Zerstörung unserer Lebensgrundlagen vor Ort unseren Beitrag leisten, kommt es auf starke GRÜNE an.

Wir stehen für den Erhalt natürlicher und naturnaher Lebensräume, damit bei uns seltener werdende und vom Aussterben bedrohte Tier- und Pflanzenarten auch in Zukunft ein Zuhause haben. Die Art und Weise wie wir Energie gewinnen und nutzen spielt dabei eine entscheidende Rolle. Deshalb wollen wir die Energiewende erfolgreich in den Kommunen und zusammen mit den Bürger*innen umsetzen.

Es kommt auf jede einzelne Stimme an, wenn wir die Weichen richtig stellen wollen, damit die Menschen auch im ländlichen Raum mit ÖPNV, mit dem Rad oder mit emissionsarmen Autos mobil sein und ihre Ziele gut erreichen können.

Wir wollen die Möglichkeiten zur Beteiligung junger Menschen ausweiten, gerade wenn es um Entscheidungen vor Ort geht. Wir setzen uns für eine glaubwürdige kommunale Sozialpolitik ein, die Teilhabe ermöglicht, Armut bekämpft und dazu beiträgt, dass das Zuhause bezahlbar bleibt. Wir fördern ein gutes Miteinander der Menschen, die schon länger hier leben und derer, die neu zugewandert sind. Auch vor Ort ist für uns die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern wichtig, gerade weil noch viel zu tun ist, um dieses Ziel zu erreichen.

Bei der Wahl am 26. Mai kommt es darauf an, dass unser Kreis, unsere Städte und Gemeinden nicht nach rechtsausen abdriften. Wir GRÜNE stehen für eine freie, offene und vielfältige Gesellschaft. Menschenfeindlichkeit und rechtsradikale Hetze sollen bei uns kein Zuhause haben!

Nicht zuletzt geht es am 26. Mai auch um die Zukunft Europas. Wir GRÜNE stehen für starke Kommunen in einem friedlichen vereinten Europa. Auch hier im Rhein-Lahn-Kreis ist Europa zu Hause, und wir GRÜNE stehen uneingeschränkt für ein offenes, vielfältiges und tolerantes Europa.

Klimaschutz und Ökologie

Die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen unserer Generation. Versagen wir bei der Eindämmung der Krise, haben wir als politische Generation versagt. Klimaschutz ist für uns Querschnittsthema, das in allen Politikbereichen Berücksichtigung finden muss. Klimaschutz und die dezentrale Energiewende passieren vor Ort.

Eine beherzte dezentrale Energiewende ist nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll, denn durch Energieimporte fließen jährlich immer noch Milliarden Euro aus Rheinland-Pfalz und somit unserer Kommune ab, die so der regionalen Wertschöpfung verloren gehen. Die durch uns GRÜNE neu geschaffene Energieagentur mit ihren neun Regionalbüros unterstützt die Kommunen bei ihren Klimaschutzaktivitäten. Vor Ort wissen wir am besten, wie Klimaschutz funktioniert:

- Wir wollen im Rhein-Lahn-Kreis die dezentrale Energie- und Wärmewende fördern. In den kreiseigenen Gebäuden müssen Sanierungsmaßnahmen auch in Zukunft wieder verstärkt mit Klimaschutz- und Energieeinsparungsmaßnahmen verbunden werden.
- Mit „Leuchten für den Klimaschutz“ stellen wir die Straßenbeleuchtung auf LED um. Die vorhandenen Fördermaßnahmen, um die Beleuchtung in den kommunalen Gebäuden auf die energiesparende LED-Beleuchtung umzustellen, sollen genutzt werden.
- Wir werden die Wärmewende vor Ort endlich voranbringen und schaffen Nahwärmenetze, Quartierskonzepte und begleiten das mit einem Sanierungsmanagement.
- Wir streben vor Ort an, mindestens zwei Prozent der kommunalen Fläche für die Windenergienutzung zur Verfügung stellen, um dezentral Energie zu erzeugen. Beim Ausbau der Windenergie soll die Bevölkerung eingebunden, frühzeitig über Ausbaupläne informiert und ihre Belange berücksichtigt werden. Auch dem Naturschutz muss im besonderen Maße Rechnung getragen werden. Windkraftanlagen sollen nur an dafür gut geeigneten Standorten errichtet werden.
- Unsere Stadt- und Gemeindewerke sind für die dezentrale Energiewende der perfekte Partner. Die Stromnetze in lokaler Hand zu halten, ist uns wichtig. Gemeinsam mit den Stadt- und Gemeindewerken werden wir darauf hinwirken, dass die Stadtwerke konkrete Angebote und Projekte für die Energiewende vor Ort entwickeln: bspw. Solardachmiete, Licht- und Wärme-Contracting, Heizungspumpentausch.

- Wir unterstützen Energiegenossenschaften bei ihrer Gründung.
- Kommunale Gebäude werden wir – wo sinnvoll – mit PV-Anlagen ausstatten.
- Auch aus unserem Abwasser und unserem Müll kann Energie werden: Wir wollen den in Kläranlagen vorhandenen Klärschlamm zur Stromerzeugung und Wärmeproduktion nutzen und unseren Bioabfall in Vergärungsanlagen zu Strom machen.
- Wir unterstützen Konzepte, die sich gegen die Aufheizung unserer Innenstädte richten. Dies können sein: Luftschneisen, Freiflächen, vertikale Begrünung.
- Emissionsreduzierung ist Verbraucherschutz: Der Dieselskandal und seine jüngsten Blüten zeigt auch, wie wichtig es ist, dass es Grenzwerte gibt und diese eingehalten werden. Wir wollen die Menschen in den Kommunen vor den Folgen der Luftverschmutzung schützen und setzen auf moderne Mobilitätskonzepte.
- Die Reduzierung von CO₂-Emissionen sowie Treibhausgasen bedeutet Klimaschutz vor Ort in unseren Kommunen. Wir werden ein kommunales Klimaschutzkonzept für den Rhein-Lahn-Kreis erstellen und streben die Einstellung eines Klimaschutzmanagers/einer Klimaschutzmanagerin an, um die Energiewende vor Ort gemeinsam mit Vereinen, Initiativen sowie dem Handwerk voranzutreiben. Beispielhaft hat sich dies in der Gemeinde Bad Ems bereits bezahlt gemacht. Durch die Arbeit mit dem Klimamanager und dem Klimaschutzkonzept konnte dort vor Ort die innovative Nutzung von Grubenwasserwärme für die Heizung öffentlicher Gebäude konkret umgesetzt werden.

Landwirtschaft und Tierwohl

Der Rhein-Lahn-Kreis ist geprägt von der Landwirtschaft. Wir setzen uns dafür ein, dass bäuerlich-mittelständige und kleine Betriebe erhalten bleiben und gefördert werden. Wir wollen kurze Lieferwege, eine Förderung von regionalen Produkten sowie die Entwicklung eines Regionalsiegels. Gute Tierhaltungsbedingungen und deren Kennzeichnung sind für uns ein wichtiger Bestandteil einer modernen, ökologisch orientierten Landwirtschaft, für die wir uns vor Ort einsetzen.

- Wir fordern Unterstützungsangebote für Bauern, die dauerhaft auf ökologische Landwirtschaft umstellen wollen. Betriebe, die bei konventioneller Landwirtschaft bleiben wollen, sollen auch einen Betrag zum Naturschutz vor Ort erbringen, indem sie verpflichtend Blühstreifen und -flächen sowie andere Ausgleichsflächen ausweisen.

- Glyphosat, Neonicotinoide, andere Herbizide, Pestizide und ein Übermaß an konventionellem, synthetischem Dünger – all diese Stoffe müssen endlich von unseren Äckern verschwinden, denn sie schädigen unsere Natur.
- Gemeinsam mit der Landwirtschaft wollen wir vor Ort Projekte im Rahmen des Landesprogramms „Gewässerschonende Landwirtschaft“ starten, um die Gewässer vor zu hohen Phosphat-, Nitrat-, Herbizid- und Pestizideinträgen zu schützen. So schützen wir auch unser Trinkwasser.
- Klärschlamm soll im Rhein-Lahn-Kreis nicht mehr auf die Äcker oder kommunalen Flächen verbracht werden. Zusätzlich soll es keinen Transport und Ausbringung von Gülle aus anderen Ländern wie z. B. den Niederlanden auf unsere Flächen mehr geben. Gülle sollte wenn möglich auch für die Energiegewinnung genutzt und kann dann anschließend als Dünger verwendet werden.
- Wir wollen ein Ende der Massentierhaltung, ausreichend Freilauf für Tiere auch in konventioneller Tierhaltung, Eigenanbau von Futter und Begrenzung von Tierhaltung auf die Menge von Tieren, für die das Futter selbst angebaut werden kann.
- Wir wollen einstehen für das Recht von Wild- und Nutztieren auf artgerechte Lebensbedingungen im Sinne des Tierwohls.
- Für die Tierheime vor Ort wollen wir die Förderung sichern, denn Tierschutz ist Verfassungsziel.

Gewässer und Grundwasser

Schadstoffe im Wasser zehren an unseren Lebensgrundlagen. Für uns BÜNDNISGRÜNE steht der Schutz der Ressourcen im Mittelpunkt unserer Politik, um die Lebensqualität im Rhein-Lahn-Kreis auch in der Zukunft zu erhalten. Wir setzen uns ein für die Renaturierung von Bächen und anderen Aufwertungsmaßnahmen, sowie dem Erhalt der aquatischen Biodiversität. Vor Ort hat der Hochwasserschutz, der aufgrund des Klimawandels und den damit verbundenen Starkregen- und Überflutungsereignissen immer wichtiger wird, für uns Priorität.

- Der Schutz unseres Grundwassers ist für uns ebenso wichtig wie ein nachhaltiges Management von Wasservorräten.
- Die Fördermittel des Landes zur Wiederherstellung der ökologischen Funktionsfähigkeit 3 von Gewässern, für artenreiche und auch in der Freizeit erlebbare Gewässer werden wir voll nutzen.
- Wir wollen unseren Bächen und Flüssen mehr Raum geben, deshalb werden wir Renaturierungsmaßnahmen im Rahmen der Aktion "Blau Plus" beim Land beantragen.

- Wir setzen uns dafür ein, die Kläranlagen im Rhein-Lahn-Kreis weiter zu optimieren und wenn notwendig auch zu sanieren. Um einen guten ökologischen Zustand unserer Gewässer nach der Wasserrahmenrichtlinie zu bekommen, soll der Eintrag von Phosphor und Stickstoff reduziert werden. Auch die Belastung mit antibiotikaresistenten Keimen soll erfasst werden. Die Belastung unserer Gewässer mit Medikamentenrückständen (z.B. Antibiotika), Hormonen aber auch Röntgenkontrastmitteln soll reduziert werden. Wir setzen uns wo notwendig für einen Ausbau der Kläranlagen mit einer vierten Reinigungsstufe ein. Diese kann auch einen Beitrag zur Reduzierung von Mikroplastik leisten, da z.B. am Mittelrhein bei Lahnstein eine hohe Plastikkonzentration (22,2 Partikel/m³ Mikroplastik) nachgewiesen wurde (Zahlen aus "Mikroplastik in Binnengewässern Süd- und Westdeutschlands", Karlsruhe, Augsburg, Wiesbaden, Recklinghausen, Mainz 2018).
- Die Verschmutzung mit Plastik nimmt überall zu, auch in unseren Gewässern. Mit "Clean up"-Tagen vor Ort leisten wir selbst einen aktiven Beitrag, den Plastikmüll zu reduzieren. Denn Plastikmüll wird über die Flüsse in die Meere geschwemmt und hat erhebliche negative Auswirkungen auf die marinen und limnischen Ökosysteme.
- Wir setzen uns dafür ein, vor Ort ein Hochwasserschutzkonzept zu entwickeln und umzusetzen und dafür die Mittel des rheinland-pfälzischen Umweltministeriums abzurufen.
- Um die Auswirkungen von Starkregen zu minimieren, setzen wir uns für die Renaturierung von Bächen und Flüssen ein und schaffen so Versickerungsflächen für Wasser.
- Wir setzen uns auf Landesebene dafür ein, dass die Schutzzonen für Gewässer 2. und 3. Ordnung bezüglich der Ausbringung von Gülle ausgeweitet werden.

Nachhaltigkeit, Artenvielfalt und Flächennutzung/-verbrauch

Klimawandel, Schadstoffe in unserer Umwelt und Flächenverbrauch zehren an den Lebensgrundlagen kommender Generationen. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen die Lebensqualität in Rheinland-Pfalz auch in der Zukunft erhalten. Bei Umweltvorhaben gilt für uns: Transparente und frühzeitige Beteiligungsverfahren sind wichtig, um alle Interessen zu berücksichtigen. Unverzichtbar bleibt auch das ehrenamtliche Engagement im Umwelt- und Naturschutz. Dieses Engagement gilt es materiell und ideell zu unterstützen. Wir wollen unsere schöne Natur erhalten und setzen uns für die ökologische Aufwertung von Flächen und den Erhalt unserer Artenvielfalt ein.

- Wir wollen die Verabschiedung einer kommunalen Biodiversitätsstrategie: Mit diesem Instrument können Maßnahmen gebündelt und alle Akteur*innen eingebunden werden.

- Mit uns wird der Plastikmüll deutlich reduziert bzw. ganz vermieden werden. Gemeinsam wollen wir regelmäßig dazu aufrufen, Plastik aus unserer Umwelt zu entfernen und richtig zu entsorgen. Plastikvermeidung auch an Schulen und in Kindergärten kann vermitteln, dass es anders gehen kann und das Bewusstsein dafür stärken. Einwegplastik sollte bei Volksfesten vermieden werden, auch bei Pächtern auf kommunalen Flächen (z.B. Imbiss), setzen wir uns für die Nutzung von Mehrweggeschirr ein.
- Wir bevorzugen Innen- vor Außenentwicklung in unseren Kommunen. Nicht mehr genutzte Bauten werden wieder zurückgebaut. Anstelle von pflegeleichten versiegelten Flächen setzen wir auf eine Begrünung unsere Innenstädte und offene Flächen.
- Wir nutzen Flächen, die sowieso da sind (sogenannte Eh-Da-Flächen) und werten diese biologisch so auf, dass darin Wildbienen, Bienen und andere Insekten eine Heimat finden. So schützen wir die Biodiversität konkret vor Ort. Das gilt generell für die insektenfreundliche Bepflanzung öffentlicher Flächen.
- Wir fördern die Biotopvernetzung durch konkrete Maßnahmen vor Ort.
- Wir werden Information zur insektenfreundlichen Bepflanzung von Balkons und Gärten zur Verfügung stellen, idealerweise in Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden, lokalen Gartenbaubetrieben und dem Pflanzenhandel.
- Wir werden einen kommunalen Wettbewerb ausloben für naturnahe Gärten, in denen Nistkästen und Insektenhotels Lebensraum bieten.
- Wir werden bei „Aktion Grün Kommune“ mitmachen, denn wir stehen für den nachhaltigen und dauerhaften Schutz unserer Artenvielfalt vor Ort.

Waldwirtschaft

Der Rhein-Lahn-Kreis besteht zu 44% aus Wäldern. Sie gehören überwiegend den Gemeinden im Kreis. Diese Wälder haben wichtige Funktionen. Sie sind zum einen eine wichtige Einkommensquelle für die Gemeinde und der Lieferant von Rohstoffen für die einheimische Holzindustrie. Sie haben gleichzeitige eine unschätzbare ökologische Bedeutung, die vom Artenschutz über Erosionsschutz bis zum Grund- und Hochwasserschutz und zum Klimaschutz reicht. Wälder sind zu dem ein wichtiges Element für die Erholung und den Tourismus im Kreis.

Wälder sind auf der einen Seite wichtige Speicher von CO₂, sind aber gleichzeitig unmittelbar selbst durch den Klimawandel betroffen, da unsere lokalen Arten nur eingeschränkt an die steigende Temperaturen angepasst sind. Der trockene Sommer 2018 hat zu großen ökologischen aber auch wirtschaftlichen Schäden geführt

- Wir stehen für eine auf Nachhaltigkeit und Artenschutz ausgerichtete Forstwirtschaft, für eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Zweckverband Naturpark

Nassau. Zugleich unterstützen wir auch einen Waldumbau zu klimatoleranteren, stabileren Wäldern mit höheren Anteilen trockenstressresistenteren Baumarten. Wir fordern öffentliche Hilfen bei der Wiederbestockung solcher Flächen, die durch den Hitzesommer 2018 geschädigt wurden.

- Wir setzen uns für eine Kaskadennutzung von Holz ein und sehen Waldbiomasse als regenerativer Energieträger vor allem als Koppelprodukt, dass bei der Erziehung und Ernte von Wertholz anfällt. Dabei soll konsequent die Nährstoffnachhaltigkeit der Standorte beachtet und dort - wo notwendig - einer weiteren Waldbodenversauerung durch Bodenschutzkalkung entgegen gewirkt.
- Wir setzen uns für die Umsetzung der Biotopstrategie des Landes in Wäldern durch z.B. Unterstützung der NATURA 2000-Managementpläne oder der Ausweisung von Waldrefugien mit dem BAT (Biotop-Arten-Totholz)-Konzept ein.
- Wir sind für die Stärkung der gemeindlichen Waldwirtschaft und deren Unterstützung bei Schadereignissen wie 2018. Wir fordern über unsere Gremien die Verabschiedung einer, der Multifunktionalität und Bedeutung der Wälder, angemessene EU-Waldstrategie, bei der kontraproduktive Förderungshemmnisse beseitigt werden. Wir lehnen eine Verpachtung von Gemeindewäldern ab und fordern die Erhaltung eines kompetenten Gemeinschaftsforstamtes. Wir unterstützen den Einsatz von modernem Holzbau, insbesondere im öffentlichen Bauwesen. In der Zertifizierung unserer Wälder sehen wir eine Unterstützung unserer Forderungen.
- Bei Zielkonflikten zwischen den vielfältigen Waldfunktionen wollen wir sachgerecht moderierend mitwirken.

Soziales

Kinder und Familie

Wir GRÜNE stehen für eine moderne Familienpolitik, die von einem vielfältigen Familienbegriff ausgeht und niemanden ausgrenzt. Wir orientieren uns in unserer Politik am individuellen Bedarf der verschiedenen Familien. Mit möglichst flexiblen Angeboten verbessern wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir wollen, dass jedes Kind gute Startbedingungen und ein gutes Aufwachsen hat, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern oder der Herkunft. Kinderarmut werden wir nicht hinnehmen. Denn Armut führt zu Ausgrenzung und verhindert gesellschaftliche Teilhabe. Die Bekämpfung von Kinderarmut ist uns daher ein zentrales Anliegen.

- Der Rhein-Lahn Kreis muss ein eigenes Frauenhaus erhalten
- Wir setzen uns ein für die Errichtung von Mehrgenerationshäusern im Rhein-Lahn-Kreis
- Wir werden gemeinsam mit den relevanten Akteur*innen die Angebote vor Ort auf ihre Familienfreundlichkeit untersuchen. Z.B. Ferienprogramme im Rhein-Lahn-Kreis
- Wir unterstützen den Aufbau lokaler Netzwerke, insbesondere den Einsatz von Familienhebammen und Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger*innen in Familien und Geburtskliniken.
- Außerdem fördern wir ehrenamtliche Helferinnen und Helfer im Kontext Früher Hilfen.
- Wir werden Orte der Begegnung vor Ort für Familien wie Familienzentren, Häuser der Familie und Lokale Bündnisse für Familie unterstützen und aufbauen.
- Angebote zur Unterstützung von Familien wie Ehe-, Familien und Lebensberatungsstellen und Elternkurse wollen wir absichern und unterstützen.

Jugend

Jugendliche sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Wir wollen Jugendlichen die gleichberechtigte Teilhabe an den sozialen, ökonomischen und kulturellen Ressourcen der Gesellschaft ermöglichen. Um das Recht junger Menschen auf Mitsprache zu stärken

wollen wir, dass Jugendliche ab 16 Jahren auf allen Ebenen wählen dürfen – nur so bekommen sie wirklich eine Stimme.

Mit der Jugendstrategie "JES! Jung. Eigenständig. Stark" unterstützt die Landesregierung eine gute Jugendpolitik vor Ort. Davon wollen wir vor Ort profitieren. Denn wir brauchen Jugendliche, die ihr Leben selbst gestalten und über ihre Zukunft mitbestimmen können. Ob bei der Infrastruktur, im Umweltschutz, auf dem Arbeitsmarkt, beim Schuldenabbau oder beim Einsatz für eine friedlichere Welt – gerade wenn es um die Gestaltung unserer Zukunft geht, kommt es besonders darauf an, dass junge Menschen sich einbringen können. Jugendpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, daher müssen die Belange junger Menschen überall mitgedacht werden.

Statt über angebliche Politikverdrossenheit zu klagen, ist es unser erklärtes Ziel, Jugendlichen Verantwortung direkt zu übertragen und beispielsweise kommunale Beteiligungsprojekte oder Schüler*innenvertretungen zu fördern.

- Wir setzen uns vor Ort für Räume für Jugendliche ein, im besten Fall durch selbstverwaltete Jugendzentren.
- Wir schaffen Angebote der mobilen Jugendarbeit, um junge Menschen auch jenseits der Zentren im ländlichen Raum zu erreichen.
- Wir unterstützen die Einrichtung einer kommunalen Jugendvertretung. Wir wollen, dass Beschlüsse aus den Jugendvertretungen auf die Tagesordnung des Rats kommen und daraus auch etwas folgt. Und nur mit einem eigenen Budget lernen die Jugendlichen auch, Verantwortung zu übernehmen – das gilt zu Hause genauso wie in Jugendvertretungen.

Gleichstellung

Wir GRÜNE stehen für eine konsequente Gleichstellung. Die Regelungen des Landesgleichstellungsgesetzes nehmen wir ernst. Insbesondere in Führungspositionen und höheren Entgeltgruppen sind Frauen nach wie vor unterrepräsentiert.

- Mit quotierten Listen für die Kommunalwahl gehen wir GRÜNE voran für mehr Frauen in den kommunalen Parlamenten.
- Wir setzen uns ein für die konsequente Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes.
- In Verwaltungen, kommunalen Betrieben und Gesellschaften wollen wir auf die Anhebung des Frauenanteils in Führungspositionen hinwirken.
- Wir gehen gegen Diskriminierung, Frauenfeindlichkeit und Sexismus vor.

- Wir unterstützen Angebote wie Frauennotrufe, Beratungsstellen und Frauenhäuser

Integration und Flucht

Eine GRÜNE Integrationspolitik schafft Rechte und Chancen in der Gesellschaft. Für uns ist klar, dass die Basis gelingender Integrationspolitik auf der Teilhabe aller in dieser Gesellschaft beruht. Wir wollen gute Bedingungen für eine gelingende Integration schaffen. Dabei werden wir auch die von der Landesregierung deutlich erweiterten Möglichkeiten zur Förderung von Angeboten, Projekten und Konzepten nutzen, um die Integration vor Ort voranzubringen. Zentrale Themen der Integrationspolitik – Bildung und Sprachförderung, Ausbildung und Arbeitsmarktintegration, gute Startchancen für Kinder und Jugendliche – sind nicht nur für Neuzugewanderte oder anderssprachig aufgewachsene Menschen wichtig. Das sind Themen, die alle Menschen angehen. Deshalb brauchen wir auf der einen Seite spezielle Angebote für eine gezielte Förderung – wie beispielsweise Sprach- und Integrationskurse. Auf der anderen Seite brauchen wir für eine gelingende Integration vor Ort starke Angebote, die für neu zugewanderte und hier geborene Menschen gleichermaßen offen und attraktiv sind. Wenn wir Integration begreifen als Einsatz für eine Gesellschaft, die offen ist, die einbezieht, die Chancen eröffnet, die niemanden ausgrenzt und zurücklässt, dann ist das eine Chance für uns alle.

Wir Grüne stehen für eine weltoffene, vielfältige Gesellschaft, die menschenfeindlichen Ideologien klar entgegentritt. Denn diese verhindern Integration und gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Allen Versuchen, unsere Gesellschaft durch Ausgrenzung oder rassistische Diskriminierung zu spalten, treten wir entschieden entgegen. Wir bekennen uns zum Grundrecht auf Asyl und zu einer menschenrechtsbasierten Flüchtlingspolitik. Dabei kommt den Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe eine zentrale Rolle zu, die vor Ort hervorragende Arbeit leisten.

- Wir werden zusammen mit den Akteur*innen vor Ort ein kommunales Integrationskonzept erarbeiten.
- Wir setzen uns für gut aufeinander abgestimmte Sprach- und Integrationskursangebote ein, die dem gewachsenen Bedarf gerecht werden.
- Wir werden die Migrationsbeiräte vor Ort und somit die Mitsprache der Menschen mit Migrationshintergrund stärken.
- Zu echter Integration gehört auch, dass Menschen vor Ort mitbestimmen können. Wir setzen uns daher für das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Staatsbürger*innen ein.

- Wir setzen uns weiterhin ein für die Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge im Rhein-Lahn-Kreis

Diskriminierung und Rassismus

Wir GRÜNE setzen uns ein für eine klare Haltung gegen Diskriminierung und Rassismus. Es darf kein Zweifel geben, fremdenfeindliche Handlungen oder verbale Attacken zu bekämpfen. Die zunehmende Anzahl von sog. Reichsbürgern oder rechtspopulistischen Gruppierungen müssen offen benannt und mit rechtsstaatlichen Mitteln geahndet werden. Inzwischen haben der Verfassungsschutz beschlossen, das Politikkonzept der AfD zu beobachten, hier insbesondere die Jugendorganisationen der AfD sind nunmehr durch den Verfassungsschutz ein Prüffall. Der Prüffall durch den Verfassungsschutz betrifft die gesamte Partei. Das Konzept der AfD ist auf die Ausgrenzung, Verächtlichmachung und weitergehende Rechtlosstellung von Ausländern, Migranten und insbes. Muslimen und politisch Andersdenkenden gerichtet.

Gesundheit und Pflege, Altern

Wir werden uns entschieden dafür einsetzen, auch hier vor Ort alle notwendigen medizinischen Einrichtungen in größtmöglicher Nähe vorzuhalten. Dazu gehört die Notarztversorgung rund um die Uhr und ausreichend viele Arztpraxen in der Nähe des Wohnortes. Das Wohnen und Arbeiten in Rheinland-Pfalz ist attraktiv und modern, die Versorgung mit medizinischen und pflegerischen Einrichtungen gehört für uns zu einem wichtigen Eckpfeiler einer weiteren Entwicklung hin zum modernen Dorf.

Gesundheit und gesund in der vertrauten Umgebung zu altern bedeutet Lebensqualität. Wir alle wollen in unserer Kommune eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige gesundheitliche und pflegerische Versorgung. Der demografische Wandel stellt uns vor große Herausforderungen. Wir wollen, dass auch alte und pflegebedürftige Menschen noch so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung leben und wohnen können und die notwendige Unterstützung erhalten.

- Wir setzen uns für die derzeitigen Krankenhäuser im Rhein-Lahn-Kreis ein und fordern eine Standortsicherung.
- Wir setzen uns ein für die Sicherstellung der Notarztversorgung ein.
- Wir werden selbst die aktive Suche nach jungen Allgemeinmediziner*innen, die vorhandene Praxen übernehmen oder neue Praxen gründen, als Kommune angehen.

- Wir werden die Gründung eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) durch die Kommune prüfen, wenn hierfür Bedarf besteht. Durch die gemeinsame Ansiedlung von weiteren gesundheitlichen Einrichtungen wie zum Beispiel Apotheken und Physiotherapeut*innen wollen wir dies zu einem lokalen Gesundheitszentrum ausbauen.
- Wir werden Förderprogramme des Landes und der Kassenärztlichen Vereinigung zur Ansiedlung von Hausarzt*innen und Facharzt*innen nutzen und ggf. mit kommunalen Förderprogrammen ergänzen.
- Wir werden die Gründung eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) durch die Kommune prüfen, wenn hierfür Bedarf besteht. Darin beziehen wir Apotheken, Physiotherapeut*innen und Arztpraxen mit ein.
- Wir werden lokale Wohnprojekte für Senior*innen, Pflegebedürftige und generationenübergreifendes Wohnen fördern und Förderprogramme des Landes nutzen, wie beispielsweise das Projekt WohnPunkt RLP.
- Wir werden zusammen mit der Servicestelle „Kommunale Pflegestrukturplanung und Sozialraumentwicklung“ zeitgemäße Strukturen für die Bedarfe von alten Menschen und Menschen mit Unterstützungsbedarf vor Ort schaffen und entwickeln.

Armut-Reichtum

Soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Respekt und Toleranz stärken den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und schaffen die Voraussetzungen für Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe. Wir wollen Armut einerseits auf kommunaler Ebene bekämpfen, sodass sie gar nicht erst entsteht, und andererseits auch Teilhabe für diejenigen schaffen, die von Armut betroffen sind. Insbesondere die Bekämpfung von Kinderarmut ist uns ein besonderes Anliegen.

- Wir werden ein Sozialticket für Bezieher*innen von Sozialleistungen einführen und kommunal fördern, mit dem der ÖPNV und verschiedene kommunale Angebote (Theater, Schwimmbad, Bücherei, etc.) vergünstigt oder kostenlos genutzt werden können.
- Wir werden mehr Unterkünfte und Anlaufstellen für Obdachlose, insbesondere für schutzbedürftige Gruppen wie Frauen, schaffen.
- Wir werden verschiedene Anlaufstellen für soziale Hilfen (Sozialhilfe, Arbeitslosengeld I und II, Kinder- und Jugendhilfe, Eingliederungshilfe) mit einander vernetzen und koordinieren, um integrierte Angebote machen zu können.

Inklusion

Die UN-Behindertenrechtskonvention, die das Menschenrecht auf selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantiert, ist auch bei uns noch längst nicht vollständig umgesetzt. Menschen mit Behinderungen sind tagtäglich vielfachen Diskriminierungs- und Exklusionserfahrungen ausgesetzt. An dem Abbau dieser Teilhabebehinderung wollen wir im Land und in den Kommunen arbeiten - unser Ziel ist die inklusive Gesellschaft!

- Wir werden einen kommunalen Behindertenbeauftragten einführen.
- Wir werden die Barrierefreiheit weiter ausbauen, sowohl im ÖPNV, als auch beim Wohnraum, der Zugänglichkeit von Arztpraxen oder Wahllokalen.
- Zur Unterstützung der Kommunalen Behindertenbeauftragten werden wir einen kommunalen Aktionsplan für Inklusion erstellen.
- Wir werden die Eingliederungs- und Jugendhilfe eng miteinander vernetzen, mit dem Ziel, Hilfen und Teilhabeleistungen aus einer Hand zu verwirklichen.

Fair-Trade, Nachhaltigkeit, Vergabe

Wir alle sind immer stärker global miteinander vernetzt. Vor Ort in den Kommunen spüren wir die Auswirkungen von Fluchtursachen in Afrika, dem Nahen Osten und anderen Ländern des Globalen Südens. Viele dieser Ursachen müssen auf globaler und europäischer Ebene bekämpft werden. Kommunen haben aber mit ihrer öffentlichen Beschaffung (z.B. Textilien (Dienstkleidung), Natursteine, Büromaterialien, IT sowie Lebensmittel) eine große Marktmacht, die sie positiv nutzen können, indem sie diese Stück für Stück verantwortungsvoll und nach sozialen und ökologischen Kriterien ausrichten. Außerdem sind gerade Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens auf kommunaler Ebene besonders unmittelbar und fruchtbar. Insbesondere die intensive Graswurzelpartnerschaft von Rheinland-Pfalz mit dem afrikanischen Partnerland Ruanda, die seit 1982 besteht, ist in vielen Kommunen fest verankert.

- Wir stellen die öffentliche Beschaffung in der Kommune auf soziale und ökologische Kriterien um und setzen dabei auf Schulung und Beratung der kommunalen Verwaltung mit dem Projekt „Rheinland-Pfalz kauft nachhaltig ein“.
- Wir wollen „Fair-Trade-Town“ werden, um gezielt den fairen Handel auf kommunaler Ebene zu fördern und Personen aus Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft zu vernetzen, die sich für den fairen Handel in ihrer Heimat stark machen.

- Wir werden kommunale Partnerschaften mit dem Partnerland Ruanda oder anderen Ländern des Globalen Südens aufbauen/weiter pflegen und unterstützen die vielen Initiativen bei ihrer Arbeit.

Kampf gegen Rechts

Wir setzen uns ein für eine Gesellschaft, in der alle nach ihrer Art leben dürfen. Wir treten ein gegen Intoleranz und Hass, gegen Ausgrenzung und Vorverurteilung. Im Kampf gegen Rechts setzen wir auf eine starke Zivilgesellschaft, denn dieser Kampf ist die Aufgabe von uns allen. Ob im Internet oder auf der Straße, ob in sozialen Netzwerken oder am Stammtisch: Wir stellen uns rechten Parolen und Ideologien entgegen. Unser Ziel ist es, den öffentlichen Raum keinen Fuß breit den Neonazis und rassistischen Parteien zu überlassen.

- Wir werden gezielt lokale Projekte aus der Zivilgesellschaft gegen Rechts unterstützen.
- Wir werden bei Aufmärschen, Demonstrationen oder Veranstaltungen von Rechten Präsenz zeigen und Gegenbewegung unterstützen oder initiieren.
- Wir werden das Vereinsleben und gemeinschaftliche Aktivitäten von jungen Menschen fördern.
- Wir werden Feste, Kultur und gemeinsames Erleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Sexualität, Religion oder Weltanschauungen fördern.
- Wir werden Aktionen zur Mitbestimmung und Bildung von Menschen aller Generationen unterstützen oder initiieren.

Mobilität und Infrastruktur

Rheinland-Pfalz ist ein Pendlerland: 1,1 Millionen Menschen pendeln hier täglich zu ihrem Arbeitsplatz – auch viele der Bürgerinnen und Bürger im Rhein-Lahn-Kreis sind auf das Pendeln angewiesen. Wir brauchen eine menschen- und umweltverträgliche Verkehrspolitik, welche die klima- und umweltschädlichen Emissionen senkt, den Lärm reduziert, die Gesundheit schützt und bezahlbar ist. Umweltfreundlichere Alternativen zum motorisierten Individualverkehr müssen echte Alternativen sein. Dies erreichen wir mit einem gut ausgebauten, attraktiven ÖPNV auf Straßen, Schienen und Fähren, gut ausgebauten Fahrrad- und Fußwegen und durch die Umstellung des Verkehrssystems auf umweltfreundlichere Antriebe. Wir brauchen im Rhein-Lahn-Kreis keine neuen Straßen, dafür aber Investitionen in den Erhalt der bestehenden Infrastruktur und einen Schwerpunkt auf den Rad- und Fußverkehr.

- Die finanzielle Ausstattung für den Bau von Radrouten wollen wir deutlich erhöhen. Bei Straßensanierungsmaßnahmen soll geprüft werden, ob ein zusätzlicher Neubau eines Radweges sowie anderer Schutzmaßnahmen für Radfahrer und Fußgänger sinnvoll ist.
- Wir setzen auf den Bahnverkehr als umweltfreundliches und massentaugliches Mobilitätsmittel. Dazu wollen wir uns für eine Angebotsverbesserung auf der Lahntalstrecke und eine Reaktivierung der Aartalbahn einsetzen. Insbesondere einige Bahnhöfe bedürfen der Sanierung.
- Wir setzen uns dafür ein, dass an den Knotenpunkten des öffentlichen Verkehrs Leihfahrräder zur Nutzung bereitgestellt werden.
- Die Mittel für den ÖPNV wollen wir langfristig erhöhen. Die zurückgehenden Schülerzahlen dürfen nicht zu einer Verschlechterung des ÖPNV-Angebots führen. Durch Bündelausschreibungen gemäß dem Nahverkehrsplan des Kreises wollen wir Kosten senken und das Angebot verbessern. Wir sehen ein Informationsdefizit über das ÖPNV-Angebot im Kreis und wollen dem mit regionalen Mobilitätskonferenzen entgegenwirken. Die Möglichkeiten der Digitalisierung wollen wir dabei beachten und nach Möglichkeit das Informationsangebot ausbauen.
- Das Sozialticket für finanzschwache Mitbürger und Mitbürgerinnen wollen wir einführen.
- Die Beratungsangebote der „Lotsenstelle alternative Antriebe“ bei der Energieagentur Rheinland-Pfalz werden wir nutzen, um die Elektromobilität vor Ort zu fördern. Auch im Nahlieferverkehr setzen wir auf Elektromobilität. Für Kommunen wollen wir die Anschaffung umweltfreundlicher Fahrzeuge för-

dern. Wir werden darauf achten, dass der Ausbau der Ladeinfrastruktur auch im Rhein-Lahn-Kreis angemessen erfolgt. Sollten sich Lücken ergeben, muss die öffentliche Hand durch gezielte Fördermaßnahmen nachbessern.

- Konkret setzen wir vor Ort auf die Förderung des Baus und Ausbaus von Radrouten, Bushaltestellen, Bahnhöfen, Bahnhofsumfeldern, die Errichtung von sicheren und überdachten Fahrradabstellplätzen ein. Wir wollen Knotenpunkte im regionalen Verkehrsnetz zu Mobilitätsstationen weiterentwickeln, an denen sich Rad, Bus, Bahn und das Auto komfortabel miteinander kombinieren lassen.
- Bürgerbusprojekte und Anruf-Sammeltaxis sind für uns eine Ergänzung zum Linienverkehr. Regionale Mitfahrzentralen können ebenfalls zu einer Verringerung des Autoverkehrs beitragen und ganz konkret Ressourcen und Umwelt schonen. Wir wollen ein regionales Mitfahrkonzept im Kreis erarbeiten
- Am Mittelrhein wollen wir das Fährangebot stärken. Die Fähren sind für uns in ihrer historisch gewachsenen Funktion und als touristische Attraktion ein immaterielles Kulturgut und fester Bestandteil des UNESCO-Weltkulturerbes. Wir werden uns für eine Kostenreduzierung für Anwohner einsetzen und eine Ausweitung der Fahrzeiten der Fähren prüfen. Eine teure und im Unterhalt kostspielige Rheinbrücke bedeutet das Ende für die Fährangebote am Mittelrhein. Für viele Anwohner wird dies zu längeren Fahrtzeiten führen. Für überregionale Fahrten stellt eine Brücke keine nennenswerte Verbesserung da, wir lehnen daher den geplanten Bau weiterhin ab.

Digitalisierung, Netzausbau

Im Rhein-Lahn-Kreis sind wir beim Netzausbau auf gutem Weg. Die Breitbandversorgung der Bevölkerung soll überall im Rhein-Lahn-Kreis gesichert sein. Letzte Lücken wollen wir stopfen. Die Digitalisierung hat viele Chancen, unsere Mobilität besser und ökologischer zu machen, unser Arbeitsleben flexibler in Ort und Zeit, unser Zusammenleben real und digital enger zu vernetzen, Energie einzusparen und Umwelt zu schützen.

- Wir werden den ÖPNV durch bessere Informationsmöglichkeiten komfortabler und leichter zugänglich machen und in Bussen und Straßenbahnen uns für freies WLAN einsetzen.
- Wir werden die Vernetzung von Mobilitätsangeboten unterstützen, indem wir die Möglichkeiten der Digitalisierung zur Information und Vernetzung von Angeboten nutzen.

- Wir werden Vereine und Sportvereinen dabei unterstützen, digitale Angebote für ihre Mitglieder umzusetzen, beispielsweise durch einen digitalen Sportatlas.
- Wir werden die Möglichkeiten von Home Office in der kommunalen Verwaltung erleichtern, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken.
- Wir werden die Einrichtung von Co-Working-Spaces unterstützen, um in Städten wie im ländlichen Raum örtlich ungebundene Arbeitsplätze und Selbstständigen eine attraktive Alternative zum eigenen und teuren Arbeitsplatz zu bieten und somit auch Kreativität und Zusammenarbeit zu fördern.
- Wir werden die Einrichtung von W-Lan Hotspots in den öffentlichen Gebäuden der Kommune, zusammen mit Initiativen aus der Zivilgesellschaft, fördern.
- Wir werden die Kommunen kundenfreundlicher und für berufstätige besser zugänglich machen, indem wir die digitalen Bürgerservices der Kommunen ausbauen.

Stadt- und Dorfentwicklung, Nahversorgung

Wir wollen eine GRÜNE nachhaltige Entwicklung unserer Kommunen gezielt fördern und so die Lebensqualität in unserer Gemeinde steigern. Der Erhalt und wo nötig der Ausbau der Infrastruktur im ländlichen geprägten Rhein-Lahn-Kreis ist vor dem Hintergrund des demografischen Wandels eine große Herausforderung.

Wir GRÜNE wollen den demografischen Wandel gestalten. Mit der Verbesserung des Mobilitätsangebotes, der medizinischen Versorgung, der dezentralen Gewinnung erneuerbarer Energien, der Förderung wohnortnaher Einkaufsmöglichkeiten, des Erhalts gut ausgestatteter wohnortnaher Schulen und der Förderung einer ökologisch ausgerichteten Landwirtschaft wollen wir positive Impulse für unseren Kreis setzen. Wir wollen keine Landesmittel für ausufernde Neubauprojekte, sondern lebendige Ortskerne, in denen Jung und Alt den Raum für Begegnung haben.

- Das Land stellt mit dem RAUM+Monitor ein Instrument für die Erhebung und Bewertung von Siedlungsflächenpotenzialen zur Verfügung. Mit dessen Hilfe können Leerstandskataster erstellt werden. Dies wollen wir flächendeckend nutzen und so den Leerstand innerorts bekämpfen.
- Wir wollen den Folgekostenrechner des Landes, mit dem die Kosten von Neubauprojekten auf ökologische und soziale Folgekosten geprüft werden können, bei allen Neubauprojekten anwenden.
- Wir werden lebendige und barrierefreie Ortskerne für mehr Lebensqualität in unserer Kommune schaffen.

- Wir setzen uns für eine gute Nahversorgung im ländlichen Raum ein. Dazu gehören wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten, gute medizinische Versorgung, ein reichhaltiges und buntes Kulturangebot und passende Mobilitätsangebote.

Sozialer Wohnungsbau

Wohnen darf kein Luxus sein, ganz besonders für junge Familien und Alleinstehende. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass ein ausreichendes Angebot an sozialem und bezahlbarem Wohnraum besteht. Die Mittel für die Modernisierung, den Erwerb und den Bau von sozialem Wohnraum, die uns das Land zur Verfügung stellt, müssen von den Kommunen genutzt werden.

- Wir GRÜNE setzen uns für eine ausreichende Versorgung mit sozialgebundenen Mietwohnungen ein und rufen dafür die zur Verfügung stehenden Mittel des Landes voll ab.
- Wir schaffen dabei eine ausreichende Versorgung mit barrierefreiem Wohnraum.
- Wir GRÜNE unterstützen das genossenschaftliche Wohnen als eine gute Möglichkeit sowohl bezahlbaren Wohnraum zu schaffen als auch ein vielfältiges und inklusives Wohnen zu ermöglichen.
- In den Städten und Dörfern des Rhein-Lahn-Kreises soll die Innenentwicklung vorangebracht werden. Der Ausweis neuer Baugebiete ist angesichts der zu erwartenden demografischen Entwicklung nicht sinnvoll.

Kultur und Ehrenamt

Rheinland-Pfalz ist das Land des Ehrenamts. Das zeigt sich vor allem bei uns vor Ort: Viele Bürger*innen engagieren und organisieren sich vielfältig in zahlreichen Vereinen, von der Feuerwehr bis zu Umwelt- und Naturschutzverbänden. Die Förderung dieser Vereinskultur ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir möchten freischaffende Kulturschaffende genauso unterstützen, wie großflächige Kultureinrichtungen. Sie alle sichern unser kulturelles Erbe und bedürfen unserer Unterstützung.

Sicherheit, Feuerwehr und Rettungsdienste

Die Feuerwehr und die Rettungsdienste sind ein wichtiger und unverzichtbarer Partner für die Sicherheit vor Ort. Darum wollen wir den Stellenwert, gerade der vielen Freiwilligen Feuerwehr erhöhen und die Beteiligung attraktiver machen. Wir unterstützen dabei

auch die interkommunale Zusammenarbeit zwischen Feuerwehren. Der Kreis soll dabei nach Möglichkeit eine Vermittlerrolle einnehmen und Zusammenarbeit zwischen den lokalen Wehren fördern. Langfristig ist eine Stärkung des Ehrenamtes durch geeignete Maßnahmen wie etwa einer Ehrenamtskarte, Vergünstigungen bei kommunalen Versorgungs- und Kulturbetrieben zu gestalten.

Der Rhein-Lahn-Kreis hat 2018 eine gemeinsame Feuerwehrwerkstatt gegründet. Die Kommunen Bad Ems-Nassau, Loreley und Nastätten haben sich dazu in einen Zweckverband organisiert. Die Feuerwehrwerkstatt wird insbesondere für die Aufgabenbereiche Atemschutz, Schlauch-Reinigung und -Pflege, Reinigung persönlicher Schutzkleidung sowie der Prüfung und Wartung sowie kleinerer Reparaturen von Maschinen und Anlagen eingesetzt werden. Durch die damit entstehende Entlastung örtlicher Wehren wird ein wichtiger schritt zur Förderung des Ehrenamtes erreicht. Wir begrüßen solche überkommunalen gemeinsamen Projekte und wollen diese weiter fördern.

Bildung

Nach wie vor entscheidet vor allem die soziale Herkunft über den Bildungserfolg. Bildung ist die zentrale Gerechtigkeitsfrage für die Zukunft unserer Gesellschaft. Gute Bildung eröffnet jungen Menschen viele Möglichkeiten und Perspektiven, fördert ihr Selbstwertgefühl und ihre Eigenständigkeit. Bildung hat auch eine emanzipatorische Funktion. Sie ist daher für den Bestand eines demokratisch organisierten Gemeinwesens von existenzieller Bedeutung.

Wir wollen die Freiheit der Menschen, ihren familiären Alltag zu gestalten. Daraus leiten wir die Verpflichtung der Politik ab, Ganztagschulen und Kindertagesstätten zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf auszubauen, bei dem die Kinder neben einer gesunden Ernährung von pädagogischen Angeboten in den Nachmittagsstunden profitieren. Wir wollen in den Kindertagesstätten möglichst lange Öffnungszeiten ermöglichen, eine gute Betreuung und gesundes Essen sicherstellen. Deshalb begrüßen wir das Schulobstprogramm der Landesregierung ausdrücklich.

Was die Grundschulen angeht, halten wir eine kreisweite Entwicklungsplanung für geboten, die in regionaler Kooperation den künftigen Bedarf an Grundschulen in den Blick nimmt.

- Wir werden uns für ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot für alle Kinder ab dem 1. Lebensjahr stark machen.
- Wir wollen die Ganztagsangebote an Schulen weiter ausbauen
- Wo die Eltern dies wünschen, setzen wir uns weiterhin für Integrierte Gesamtschulen vor Ort ein.
- Unsere engagierten und gute Lehrkräfte sind aufgrund von heterogenen Klassenstrukturen in besonderem Maße pädagogisch gefordert, um möglichst alle Lernenden optimal zu fördern. Schulsozialarbeit kann hier wirkungsvolle Entlastung der Lehrkräfte bieten. Deshalb setzen wir uns für eine bedarfsgerechte Ausweitung der Schulsozialarbeit ein.
- Schulen sind Häuser des Lebens und Lernens. Eine gute Aufenthaltsqualität stärkt die Lernbereitschaft, gut ausgestattete Schulen den Lernerfolg. Deshalb wollen wir notwendige Sanierungen an den Gebäuden vorantreiben und für eine gute Ausstattung der Schulen mit Lehrmitteln sorgen.
- Zu einer guten Aufenthaltsqualität gehört bei uns auch eine gute Schulverpflegung, die aus einem möglichst regional und biologisch hergestellten Nahrungsmittelangebot besteht.

- Auf Landesebene setzen wir uns für einen angemessenen Lehrerschlüssel ein, um die Qualität der Unterrichtsversorgung zu verbessern.
- Wir sprechen uns gegen die zunehmende Ausweitung von Eliteschulen aus und wollen stattdessen öffentliche Schulen von hoher Qualität, wie sie beispielsweise in den skandinavischen Ländern zum Standard gehören.

Erwachsenenbildung, Ausbildung und Fachkräfte

Im Rhein-Lahn-Kreis gibt es ein breit gefächertes Angebot an beruflicher Weiterbildung. Dieses wollen wir für die Zukunft sichern und wo nötig ausbauen. Um Auszubildende und Fachkräfte zu gewinnen und auch zu halten, müssen die an sich guten Lebensbedingungen im Landkreis erhalten bleiben und wenn möglich, noch ausgebaut werden. Dazu gehören gute Bildungsangebote und eine gute soziale, digitale und verkehrliche Infrastruktur. Bei der Verkehrsinfrastruktur setzen wir vor allem, auf die weitere Verbesserung des ÖPNV, den Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität und die Stärkung gemeinsam nutzbarer Mobilitätsangebote.

Die Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten in der Region sind zu wenig bekannt. Wir wollen uns dafür einsetzen, die Kommunikation und Bewerbung in dieser Hinsicht zu verbessern. Der Rhein-Lahn-Kreis ist ein ländlich geprägter Landkreis. Die über die Grundversorgung hinaus gehenden Bedarfe werden durch seine fünf Mittelzentren an den Rändern Lahnstein, Bad Ems, Diez, St. Goarshausen und Nastätten sichergestellt. Im Westen bildet die Nähe zum Oberzentrum Koblenz zusätzliche und sehr gute Nahversorgungspotentiale, die entlang der Lahn über einen guten schienengebundenen öffentlichen Nahverkehr erschlossen werden.

Wirtschaft

Gemessen an der Bruttowertschöpfung¹ bilden die Dienstleistungsbereiche mit 67,9 % das Rückgrat der regionalen Wirtschaft. Darunter tragen Handel, Verkehr und Gastgewerbe mit 15,7 % dazu bei, während öffentliche und sonstige Dienstleistungen, Erziehung und Gesundheit nahezu ein Drittel beisteuern. Die Arbeitslosenquote liegt mit nur 3,4 % deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 4,8 %.

Die landschaftlich reizvolle Mittelgebirgslage und die reiche Vielfalt an historischen Kulturdenkmälern machen den Rhein-Lahn-Kreis zur einer touristisch attraktiven Region mit hohem Freizeit- und Erholungswert. Entlang des Rheins erstreckt sich ein großer Teil des UNESCO-Welterbes „Oberes Mittelrheintal“ in den Landkreis.

Grüne Politik setzt sich konsequent für den Erhalt dieser Landschaft sowie den Schutz des Welterbes ein und sichert damit nachhaltig auch den wirtschaftlichen Erfolg in der Region. Um Wohlstand und Beschäftigung in einer Welt endlicher Ressourcen auch langfristig zu sichern, wollen wir weg von einer reinen Orientierung an quantitativem Wachstum. Wir setzen uns dafür ein, die Rahmenbedingungen zu verbessern, um die Herausforderungen durch die ökologische Modernisierung, die digitale Revolution und den demografischen Wandel zu begegnen.

Tourismus

Wir stehen für einen sanften und integrativen Tourismus, der Natur und Landschaft schont. Grüne Politik setzt dabei besonders auf die Förderung von Schlüsselinfrastruktur, wie den Ausbau von Mobilitätsangeboten, der Breitbandversorgung oder Investitionen in die Freizeit- und Aufenthaltsqualität.

- Tourismusförderung vor Ort bedeutet für uns vor allem, den nachhaltigen Tourismus zu stärken, ein Tourismus, der auf das Naturerlebnis wie Wandern und Radfahren setzt. Dazu bieten die Landschaften des Naturparks Nassau und des oberen Mittelrheintals mit seinen Kulturdenkmälern erstklassige Voraussetzungen.
- Auf Kreisebene wollen wir die regionalen Tourismuskonzepte zu einem überregionalen Konzept zusammenführen und die interkommunale Zusammenarbeit verbessern.
- Um das regionale Selbstbild des Rhein-Lahn-Kreises zu stärken, braucht es eine stärkere Kooperation der Teilregionen des Landkreises.

¹ Zahlen des Statistischen Landesamtes 2016

- Wir wollen die lokalen Wertschöpfungsketten fördern und die Gäste mit unseren regionalen Produkten und heimischen Marken locken. Dabei setzen wir verstärkt auf die Förderung von Bioprodukten und Direktvermarktungsinitiativen.
- Investitionen in den Ausbau der Gastronomie, der Barrierefreiheit, in Radwege, in die Etablierung regionaler Elemente (Produkte und Merkmale) und das Marketing finden unsere Unterstützung. Dabei wollen wir die zur Verfügung stehenden Fördermittel stärker nutzen.
- Die in den Verbandsgemeinden bereits zum Teil entwickelten Einzelhandelskonzepte sollen besser verzahnt werden.
- Wir wollen die regionale mittelständige Wirtschaft fördern, um Arbeitsplätze in der Region zu sichern.

Finanzen , Haushalt und Vergabe

Wir GRÜNE wollen starke Kommunen. Deshalb haben wir auf Landesebene in zwei Reformschritten über den kommunalen Finanzausgleich zunächst die Landkreise und dann die kreisfreien Städte sowie finanzschwache Kommunen spürbar entlastet.

Trotzdem bleibt die finanzielle Situation des Rhein-Lahn-Kreises weiterhin angespannt. Insbesondere die Pflichtausgaben, die aus der Sozialgesetzgebung des Bundes resultieren und unzureichend kofinanziert sind, das sind ca. 70 % der Gesamtausgaben, schränken die finanzielle Eigenständigkeit des Kreises ein.

- Die finanziellen Lasten zwischen Bund, Länder und Kommunen müssen fair verteilt werden. Über die entsprechenden Gremien unserer Partei setzen wir uns daher auch weiterhin für eine wirkungsvolle Entlastung der Kommunen auf Landes- und Bundesebene ein.
- Wir wollen, dass unsere Kommunen über eine angemessene Finanzausstattung verfügen. Dabei stehen wir für eine solide Finanzpolitik, die Risiken bei den Ausgaben vermeidet und auch Möglichkeiten der Einnahmeverbesserung in den Blick nimmt.
- Bei der öffentlichen Beschaffung setzen uns dafür ein, dass soziale und ökologische Belange im Rahmen der bestehenden Gesetze mehr als bisher berücksichtigt werden.

Bauen

Wir GRÜNE setzen uns für klima- und ressourcenschonendes sowie ökologisch verträgliche Bauen ein. Dabei soll bei Bauprojekten der gesamte Lebenszyklus der Immobilie in den Blick genommen werden, um abschließend beurteilen zu können, ob sich diese Investition lohnt.

- Im Rhein-Lahn-Kreis wurden in den letzten Jahren energetischen Sanierungen an den eigenen kommunalen Gebäuden und Schulen durchgeführt. Dies wollen wir künftig engagiert weiterführen.
- Sowohl beim Neubau als auch bei der Sanierung von Gebäuden setzen wir auf die Verwendung ökologischer Baustoffe.
- Die Fotovoltaik als Energiequelle für den Eigenverbrauch in öffentlicher Gebäuden muss stärker genutzt werden.

Transparenz und Bürgerbeteiligung

Staatliches Handeln muss grundsätzlich transparent sein. Der barrierefreie Zugang zu Informationen ist die Voraussetzung für eine wirkungsvolle und sinnvolle Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Mit dem Transparenzgesetz in Rheinland-Pfalz haben wir GRÜNEN die Hürden des Informationszugangs gesenkt und die Pflicht staatlicher Einrichtungen, Informationen kosten- und barrierefrei zur Verfügung zu stellen, festgeschrieben. Wir wollen neue und angemessene Formen der Beteiligung auf kommunaler Ebene sukzessive ausbauen.

- Wir wollen das Streaming von Ratssitzungen im Internet anbieten
- Wir unterstützen den Ausbau und die Verbesserung von Ratsinformationssystemen und wollen das Angebot öffentlich zur Verfügung gestellten Daten, Informationen und Materialien erweitern.
- Wir setzen uns für die transparente und einfache Darstellung kommunaler Haushalte ein.
- Wir werden Beteiligungsmodelle in der Kommune etablieren, die bei zukunftsweisenden und größeren Projekten mehr Akzeptanz in der Bürgerschaft bewirken können. Dabei wollen wir verstärkt neue technische Möglichkeiten nutzen, die sich mit der Digitalisierung ergeben.